

Heinrich August Winkler

Marx und die Folgen. Gedanken zum Wandel der Revolution 1789-1989

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.771>

Eröffnungsvortrag im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom
Kommunismus im 21. Jahrhundert?“
Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, 07.02.2017

Vortragsreihe Januar-Dezember 2017, Konzeption und Leitung: Thomas
Lindenberger (ZZF Potsdam), Catherine Gousseff (Centre Marc Bloch)

gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG POTSDAM
Institut der Leibniz-Gemeinschaft



MARK
BLOCH
Centre Zentrum Marc Bloch

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Copyright (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte
kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Heinrich August Winkler, Marx und die Folgen. Gedanken zum Wandel der Revolution 1789-1989,
Manuskript eines Vortrags gehalten am 07.02.2017 an der Humboldt-Universität zu Berlin, Dokserver
des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.771>



Marx und die Folgen

Gedanken zum Wandel der Revolution 1789-1989

von Heinrich August Winkler

I. In der Geschichte der Französischen Revolution bildet die „Verschwörung der Gleichen“ um François-Noël („Gracchus“) Babeuf kaum mehr als eine Fußnote. Doch sie brachte einen Grundgedanken hervor, der die Hinrichtung ihrer wichtigsten Protagonisten im Mai 1797 überlebte. Es war die Idee der vollständigen Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, herbeizuführen durch eine zur revolutionären Tat entschlossene Minderheit. Die bürgerliche Revolution von 1789 war demnach, so formulierte es der Mitverschwörer Sylvain Maréchal 1796 im „Manifest der Gleichen“, „nur die Vorläuferin einer anderen, sehr viel größeren, sehr viel ernsteren Revolution, die die letzte sein wird“.¹

Wir wissen nicht, wann genau Karl Marx die von ihm in seinen Frühschriften immer wieder zitierte, 1828 in Brüssel erschienene Schrift von Babeufs Kampfgefährten Philippe Michele Buonarroti über die „Verschwörung der Gleichen“ erstmals gelesen hat, in der das „Manifest der Gleichen“ abgedruckt ist. Der Gedanke, dass 1789 nur das Vorspiel der eigentlichen, der kommunistischen Revolution gewesen sei, ließ ihn jedenfalls seit seinen Pariser Exiljahren, also seit Ende 1843, nicht mehr los. Mehr noch: Die wissenschaftliche Begründung der Notwendigkeit der größten und letzten Revolution der Geschichte wurde zu seiner persönlichen Mission, und die Analogie zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution zum

¹ (Philippe Michele) Buonarroti, *Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf* (zuerst: Brüssel 1828), 2 Bde., Paris 1957, Bd. 2, S. 94-98, hier S. 95, online unter <https://archive.org/details/conspirationpour00buonuoft>.

archimedischen Punkt im Denken von Marx und Engels – zum Erkenntnisinteresse, von dem sie sich fortan bei der Grundlegung des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ leiten ließen.²

Die Grundkonstellation der klassischen bürgerlichen Revolution, die 1789 in Frankreich stattfand, war für Marx und Engels folgende: Um die Macht im Staat zu erobern, musste der aufstrebende Dritte Stand darlegen, dass die bisher privilegierten Stände nichts mehr vorzuweisen hatten, was ihre Vorrechte hätte rechtfertigen können. Die Wirklichkeit stützte die bürgerliche Kritik: Adel und hoher Klerus übten um 1789 keine gesellschaftlich notwendigen Funktionen mehr aus; sie waren funktionslos, also überflüssig geworden, und ebendies machte ihre Privilegien zum gesellschaftlichen Ärgernis. Das Missverhältnis zwischen Bevorzugung und Leistung der oberen Stände legitimierte den revolutionären Anspruch des Dritten Standes, der in dem Maß zum allgemeinen Stand wurde, wie er die Sache der nicht-privilegierten Teile der Gesellschaft zu seiner eigenen erklärte.³

Die zentrale Annahme von Marx und Engels war nun, dass diese Konstellation nicht etwa historisch singulär, sondern prinzipiell wiederholbar sei. „Die Bourgeoisie wird und muss vor dem Proletariat ebenso zu Boden sinken, wie die Aristokratie und das unbeschränkte Königtum von der Mittelklasse den Todesstoß erhalten hat“, postulierte Engels im Juni 1847.⁴ Die ökonomische Begründung lieferten Marx und Engels wenig später im „Kommunistischen Manifest“. So wie früher die feudalen Produktionsverhältnisse zu Fesseln der kapitalistischen Produktionskräfte geworden seien, so würden jetzt die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln der modernen Produktivkräfte. Daraus folgte: „Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.“⁵

Die Revolution, die im Februar 1848, unmittelbar nach der Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifestes“, begann, wurde, wie Reinhart Koselleck feststellt, zur ersten und letzten „großen europäischen Revolution“.⁶ Sie verlief bekanntlich anders als von Marx und Engels erwartet. In Frankreich, wo beide den raschen Umschlag von der bürgerlichen in die proletarische Revolution vorhergesagt hatten, wurde im Juni eine Erhebung der Pariser Arbeiter blutig niedergeschlagen; ein halbes Jahr später wurde Prinz Louis Napoléon, der nachmalige Kaiser Napoleon III., für Marx und Engels die Inkarnation der Konterrevolution, zum Präsidenten der Republik gewählt. In Deutschland scheiterte die bürgerliche Revolution

² Heinrich August Winkler, Zum Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Revolution bei Marx und Engels, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 326-353, online unter http://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00048635_00001.html. Wieder abgedruckt in: Heinrich August Winkler, Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen 1978, S. 8-34, online unter http://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00048200_00001.html.

³ Hierzu wie zum Folgenden: ders., Die unwiederholbare Revolution. Über einen Fehlschluss von Marx und seine Folgen (Eröffnungsvortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Der Marxismus – Versuch einer Bilanz“, Humboldt-Universität zu Berlin, 16.4.1996), in: ders., Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, S. 9-30.

⁴ Friedrich Engels, Schutzzoll oder Freihandels-System, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (fortan: MEW), Berlin 1959ff., Bd. 4, S. 58-62, hier S. 61, online unter http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_058.htm.

⁵ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, ebd., Bd. 4, S. 459-493, hier S. 467f.

⁶ Reinhart Koselleck, Wie europäisch war die Revolution von 1848/49?, in: ders., Europäische Umrissdeutsche Geschichte, Heidelberg 1999, S. 9-36, hier S. 16f.

an der ehrgeizigen Doppelforderung „Einheit und Freiheit“, also der gleichzeitigen Verwirklichung eines National- und eines Verfassungsstaates. In den Staaten des Deutschen Bundes wie in Ungarn und Italien wurden 1849 mehr oder minder weitgehend die vorrevolutionären Machtverhältnisse wiederhergestellt.

Die Väter des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ versuchten, die Enttäuschung ihrer Erwartungen materialistisch zu erklären: Die ökonomischen Verhältnisse Europas seien noch nicht reif für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise. Infolgedessen setzten sie ihre Hoffnungen zunächst auf die zyklisch wiederkehrenden Konjunkturkrisen, von denen sie annahmen, dass sie sich ständig verschärfen und schließlich in die entscheidende revolutionäre Kraftprobe zwischen Proletariat und Bourgeoisie münden würden. Doch die Krisen der 1850er-Jahre hielten nicht, was sie zu versprechen schienen. Sie ließen vielmehr den Kapitalismus gestärkt aus ihnen hervorgehen.⁷

Einen zweiten Anlass, an der revolutionären Perspektive festzuhalten, bot das vermeintlich gesamteuropäische Phänomen des „Bonapartismus“, worunter Marx und Engels eine zuerst unter Napoleon III. in Frankreich, dann unter Bismarck in Preußen-Deutschland beobachtete spezifische Form der Verselbständigung der Exekutivgewalt verstanden. Eine solche Konstellation konnte eintreten, wenn die Bourgeoisie nicht mehr, das Proletariat noch nicht zur Herrschaft fähig war, wenn also eine Art von Klassengleichgewicht eintrat und die gesellschaftlich herrschende Klasse, um ihre ökonomische Macht zu behaupten, auf die unmittelbare Ausübung der politischen Macht zugunsten eines nur scheinbar neutralen, sich vorzugsweise plebiszitär legitimierenden Schiedsrichters verzichtete. Doch auch diese Hoffnung trog: Nirgendwo war die Arbeiterklasse die Gewinnerin des angeblichen Machtverlustes der Bourgeoisie.⁸

Ermutigende, letztlich revolutionäre Konsequenzen glaubten Marx und Engels schließlich aus der Trennung von Eigentum an den Produktionsmitteln und tatsächlicher Verfügung über sie in Gestalt der Aktiengesellschaften und dem Aufstieg der neuen Gruppe der (von Marx „Dirigenten“ genannten) Manager ziehen zu können. Engels leitete aus dieser Funktionsverschiebung innerhalb der kapitalistischen Leitungssphäre 1878 im „Anti-Dühring“ den Schluss ab, die Revolution des Bürgertums habe sich in der ihr angemessenen politischen und rechtlichen Atmosphäre glänzend entwickelt, „so glänzend, dass die Bourgeoisie schon nicht mehr weit von der Stellung ist, die der Adel 1789 einnahm. Sie wird mehr und mehr nicht nur sozial überflüssig, sondern soziales Hindernis; sie scheidet mehr und mehr aus der Produktionstätigkeit aus und wird mehr und mehr, wie seinerzeit der Adel, eine bloß Revenuen einstreichende Klasse; und sie hat diese Umwälzung ihrer eigenen Stellung und die Erzeugung einer neuen Klasse, des Proletariats, fertiggebracht, ohne irgendwelchen Gewalthokuspokus, auf rein ökonomischem Wege.“⁹

⁷ Belege bei Winkler, *Verhältnis*, S. 14ff.

⁸ Ders., *Primat der Ökonomie? Zur Rolle der Staatsgewalt bei Marx und Engels*, in: ders., *Revolution*, S. 35-64.

⁹ Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft*, in: MEW, Bd. 20, S. 5-303, hier S. 153, online unter http://www.mlwerke.de/me/me20/me20_001.htm.

Der Rückschluss von der bürgerlichen auf die proletarische Revolution, an dem Marx und Engels zeitlebens festhielten, war von Anfang an eine höchst gewagte Konstruktion. 1789 war in Frankreich eine funktionslos gewordene herrschende Klasse, der Feudaladel, von einer aufsteigenden Klasse, dem „Dritten Stand“, entmachtet worden, der mit einem zumindest relativen Recht von sich behaupten konnte, er vertrete in dieser Auseinandersetzung die Gesamtheit der nichtprivilegierten Gesellschaft und sei in jeder Hinsicht herrschaftsfähig. In eine vergleichbar komfortable Situation ist das Proletariat weder zu Lebzeiten von Marx und Engels noch später gekommen: Ihre historische Analogie hat sich als Trugschluss erwiesen.

Marx und Engels haben sich freilich nicht damit begnügt, aus der Geschichte ein wiederkehrendes Ausgangsmuster revolutionärer Situationen herauszulesen. Sie leiteten aus dem Verlauf der Französischen Revolution auch eine Prognose des Verlaufs der proletarischen Revolution ab. Das Scheitern der Revolution von 1848 bestärkte Marx in seiner Überzeugung, dass, so wie die bürgerliche Revolution durch eine Phase des blutigen Terrors gegangen war, auch die proletarische Revolution nicht um ein solches Stadium, die „Diktatur des Proletariats“, herumkommen werde. In seiner Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ gab er 1850 seine eigene Auffassung wieder, als er die Position des „revolutionären Sozialismus“ oder „Kommunismus“ wie folgt umriss: „Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt ...“¹⁰ Zwei Jahre später rechnete er die Erkenntnis, „dass der Klassenkampf zur ‚Diktatur des Proletariats‘ führt“, sogar zum Kernbereich seiner Theorie.¹¹

Rund zwei Jahrzehnte später, 1871, rechtfertigte Marx in der „Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation über den Bürgerkrieg in Frankreich“ die Entscheidung der Pariser Kommune, die Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt zugunsten einer einzigen „arbeitenden Körperschaft“ aufzuheben und den Richtern ihre „scheinbare Unabhängigkeit“ zu entziehen.¹² Damit war die Beseitigung des „bürgerlichen“ Rechtsstaates theoretisch sanktioniert. Den Begriff „Diktatur des Proletariats“ verwendete Marx in diesem Zusammenhang nicht: Es war Engels, der 1891 in seiner Einleitung zur Neuausgabe von Marx' Schrift emphatisch ausrief: „Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“¹³

Damit wurde Engels, und zwar nicht das erste Mal, zum Stichwortgeber der radikalsten unter den russischen Sozialisten. Schon im Februar 1882 hatte er die Überzeugung geäußert, dass in Russland „die Avantgarde der Revolution zum Schlagen kommen wird“.¹⁴ Drei Jahre später vermutete er in einem Brief an Vera Sassulitsch zur Lage in Russland, „dass man sich dort seinem 1789 nähert“. Russland sei „einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll

¹⁰ Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, ebd., Bd. 7, S. 9-107, hier S. 89 (Hervorhebung im Original), online unter http://www.mlwerke.de/me/me07/me07_009.htm.

¹¹ Ders., Brief an Joseph von Weydemeyer, 5.3.1852, ebd., Bd. 28, S. 507f.

¹² Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, ebd., Bd. 17, S. 313-365, hier S. 339, online unter http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_319.htm.

¹³ Friedrich Engels, Einleitung zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von Karl Marx, ebd., Bd. 17, S. 613-625, hier S. 625, online unter http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_188.htm.

¹⁴ Ders., Brief an Johann Philipp Becker, 10.2.1882, ebd., Bd. 35, S. 276.

Leute möglich ist, eine Revolution zu *machen*, und wenn jemals der Blanquismus – die Phantasie [des französischen Sozialisten Auguste Blanqui; H.A.W.], eine ganze Gesellschaft durch eine kleine Verschwörergruppe umzuwälzen – eine gewisse Daseinsberechtigung gehabt hat, dann sicherlich in Petersburg [...]. Wenn dort das 1789 einmal begonnen hat, wird das 1793 nicht auf sich warten lassen.¹⁵

Wie lange das russische „1793“, also die Phase einer jakobinischen *terreur*, dauern würde, darüber ließ Engels sich nicht aus. Worauf es ihm ankam, war, dass das rückständige Russland den Mangel des entwickelten Westens, das Fehlen einer revolutionären Situation, ausglich und eben dadurch die Revolution im internationalen Maßstab auslöste.

Jahrzehntlang hatten Marx und Engels erwartet, dass die Revolution des Proletariats von den entwickelten kapitalistischen Ländern und nicht von einem rückständigen Agrarland wie Russland ausgehen würde. Und doch gab es auch für Marx einen dialektischen Zusammenhang zwischen Rückständigkeit und Revolution. In den frühen vierziger Jahren hatte er dem rückständigen Deutschland die Mission zugewiesen, die proletarische Revolution zwar nicht zu beginnen, aber doch zu vollenden, und das damit begründet, dass die Umwälzung in Deutschland gerade wegen seiner Rückständigkeit besonders gründlich sein müsse.¹⁶ Engels ließ vier Jahrzehnte später die Revolution gedanklich von West nach Ost wandern, dorthin, wo die Chance am größten war, dass radikale Rückständigkeit in eine radikale Umwälzung umschlug.

Im Hinblick auf die entwickelten Gesellschaften äußerte sich Engels, der den 1883 verstorbenen Marx um zwölf Jahre überlebte, zuletzt ungleich weniger radikal, ja geradezu reformistisch. In seiner Einleitung zur Neuausgabe von Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ stellte er 1895, seinem Todesjahr, die These auf, dass die „Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab“, inzwischen überholt sei, weil dank der Entwicklung der Technik das Militär Aufstände sehr viel leichter niederwerfen könne als damals und die Spaltung der Gesellschaft in die zwei Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats seitdem so deutlich geworden sei, dass gemeinsame Aktionen des „Volkes“ nicht mehr zu erwarten seien.

Es war ein Ausdruck proletarischer „Realpolitik“, wenn Engels im Rückblick auch von den Irrtümern sprach, denen Marx und er selbst sich 1848 hingegeben hatten. Die industrielle und die gesellschaftliche Entwicklung war zu jener Zeit bei weitem nicht so fortgeschritten, wie beide es unterstellt hatten. Ende des 19. Jahrhunderts waren die Klassenverhältnisse sehr viel klarer, die Chancen der Arbeiterklasse, auf demokratischem und gesetzlichem Weg an die Macht zu gelangen, in vielen Ländern sehr viel besser als 1848.

Zudem hatten auch die Regierenden aus der Revolution gelernt und, um ihre eigene Macht zu sichern, Forderungen von 1848 erfüllt, die langfristig dem Proletariat nützen mussten. Als Beispiele einer solchen Politik, die aus „Totengräbern der Revolution von 1848 ihre

¹⁵ Ders., Brief an Vera Sassulitsch, 23.4.1885, ebd., Bd. 36, S. 305-307 (Hervorhebung im Original).

¹⁶ Dazu Winkler, Unwiederholbare Revolution, S. 10ff.

Testamentsvollstrecker“ gemacht habe, nannte Engels Napoleon III. und Bismarck. Mit Blick auf die Zeit zwischen 1848 und 1871 lautete das Fazit wie folgt: „Die Periode der Revolutionen von unten war einstweilen abgeschlossen; es folgte eine Periode der Revolution von oben.“¹⁷

II. Zur Begründung seiner These, dass 1848 die letzte *europäische* Revolution war, verweist Reinhart Koselleck darauf, dass alle Bürgerkriege und Revolutionen, die nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Europa ausbrachen, auf einzelne Länder oder Staaten beschränkt blieben. „Keine Revolution griff über die Grenzen hinaus, die sie vorfanden oder im Zuge der Veränderungen selber neu setzten oder zogen. Alle folgenden Unruhen, Aufstände oder Revolutionen blieben nationalstaatlich, schließlich nationaldemokratisch zurückgebunden. Und mehr noch: alle seitdem ausgebrochenen Bürgerkriege und Revolutionen waren, politisch gesehen, sekundäre Folgen vorausgegangener Staatenkriege“ – verlorener oder verloren gehender Kriege, wie man wohl hinzufügen muss.¹⁸

Folgen verlorener beziehungsweise verloren gehender Kriege waren die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 sowie die mitteleuropäischen Revolutionen von 1918/19. Bereits ein Vierteljahr nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs legte Lenin im Schweizer Exil unter Hinweis auf die Erfahrung der Pariser Kommune das Ziel seiner revolutionären Strategie fest: Die „Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ sei „die einzig richtige proletarische Lösung“.¹⁹ Im Monat nach der „Februarrevolution“ nach Russland zurückgekehrt, erklärte Lenin im April 1917, ohne den Sturz des Kapitals sei es unmöglich, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden zu beenden. Nachdem die erste Etappe der Revolution die Bourgeoisie an die Macht gebracht habe, müsse die zweite Etappe die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen.²⁰

Fünf Monate später verfasste er seine Schrift „Staat und Revolution“, in der er unter Berufung auf Marx das Dogma verkündete, ein Marxist sei nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Diktatur des Proletariats erstreckte. Diese definierte er als die „Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker“. Damit sei der Zustand der Freiheit zwar noch nicht erreicht, aber Freiheit werde es ohnehin erst geben, wenn es keinen Staat mehr gebe.²¹

Lenins Avantgarde waren die Berufsrevolutionäre, die an der Spitze der Partei der Bolschewiki standen. Sie sahen sich selbst bald nicht mehr nur als Vorhut der russischen

¹⁷ Friedrich Engels, Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx, in: MEW, Bd. 7, S. 511-520, hier S. 517, 520, online unter http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_509.htm.

¹⁸ Koselleck, *Wie europäisch*, S. 23f.

¹⁹ W.I. Lenin, *Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*, in: ders., *Werke*, Berlin 1950ff., Bd. 21, S. 11-21, hier S. 20f.

²⁰ Ders., *Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Aprilthesen)*, ebd., Bd. 23, S. 311-357, hier S. 30, online unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/04/april.htm>.

²¹ Ders., *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, ebd., Bd. 25, S. 393-507, hier S. 475f., online unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/staatrev/>.

Arbeiterklasse, sondern der proletarischen Weltrevolution. Waren die Gründerväter des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ noch davon ausgegangen, dass nur die Arbeiterklasse einer weitgehend industrialisierten Gesellschaft den Kapitalismus überwinden und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen könne, so erklärte Lenin im Sommer 1917 die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland für im Wesentlichen abgeschlossen und die Bedingungen für einen bewaffneten Aufstand für gegeben. Die revolutionäre Machteroberung im November 1917 und die Sprengung der freigewählten Konstituante durch die Minderheit der Bolschewiki im Januar 1918 ergaben sich daraus mit zwingender innerer Logik.

Von dem traditionellen marxistischen Argument, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse Russlands für eine *sozialistische* Revolution noch nicht reif waren, ließen sich die Bolschewiki weder 1917 noch später irritieren. Zwei Jahre nach Lenins Tod, im Jahre 1926, stellte Stalin Marx gewissermaßen auf den Kopf. In seiner Schrift „Zu den Fragen des Leninismus“ behauptete er, dass die Staatsmacht des revolutionären Proletariats im Gegensatz zur Staatsmacht des revolutionären Bürgertums die sozialökonomischen Bedingungen der neuen Gesellschaftsformation nicht einfach vorfinde, sondern erst hervorbringen müsse.²² Das war eine Umkehr der Marx'schen Lehre vom Verhältnis von Basis und Überbau, aber wohl auch noch etwas anderes: eine weitere Steigerung jener Dialektik von Rückständigkeit und Radikalität, zu der schon der junge Marx und der späte Engels ihren Beitrag geleistet hatten.²³

Stalins Verdikt fiel in eine Zeit, in der er die Sowjetunion bereits auf die Devise des „Aufbaus des Sozialismus in *einem* Lande“ festgelegt und dem Ziel der Weltrevolution, zumindest aber dem Revolutionsexport in westlicher Richtung, fürs Erste abgeschworen hatte. Der Strategiewechsel kam nicht von ungefähr. Alle gewaltsamen Umsturzversuche der Kommunisten in entwickelten kapitalistischen Ländern, zuletzt der vom Herbst 1923 in Deutschland, waren gescheitert; die Revolutionen in Mitteleuropa hatten einen gänzlich anderen Verlauf genommen als in Russland.

Der tiefere Grund dieser Ost-West-Differenz lag dort, wo ihn der deutsche Sozialdemokrat und Erzrevisionist Eduard Bernstein 1921 in seiner Schrift über die deutsche Revolution von 1918/19 geortet hatte. Je weniger ausgebildete Gesellschaften seien, so lautete Bernsteins These, desto leichter verträgen sie Maßnahmen, die auf ihre radikale Umbildung abzielten. „Je vielseitiger aber ihre innere Gliederung, je ausgebildeter die Arbeitsteilung und das Zusammenarbeiten ihrer Organe bereits sind, umso größer die Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit in Bezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden.“²⁴

²² J.W. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, in: ders., Werke, Bd. 8, Berlin 1952, S. 12-81, hier S. 19f., online unter http://www.mlwerke.de/st/st_133.htm.

²³ Ders., Fragen und Antworten. Rede in der Swerdlow-Universität (9.6.1925), ebd., Bd. 7, S. 342-346, hier S. 345f., online unter <http://www.stalingrad.com.ru/band07/b07-029.html>.

²⁴ Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik (Originalausgabe u.d.T.: Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. 1. Bd.: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik [nur Bd. 1 erschienen], Berlin 1921). Hg. u. eingel. v. Heinrich August Winkler u. annotiert v. Teresa Löwe, Bonn 1998, S. 237.

Was Deutschland betraf, so war es nach Bernsteins Analyse ungeachtet des Fortbestandes halbfeudaler Einrichtungen und der Machtstellung des Militärs um 1918 bereits zu industrialisiert, ja in Teilbereichen auch schon zu demokratisiert, um eine radikale Umwälzung nach russischem Vorbild zu vertragen. In der Tat kannte Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs seit rund einem halben Jahrhundert das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht für Männer und damit ein kräftiges Stück Demokratie. 1918/19 konnte es also nicht um eine gesellschaftliche Totalumwälzung gehen, sondern in erster Linie um *mehr* Demokratie in Gestalt des Frauenwahlrechts, der Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, Kreisen und Gemeinden, um die volle Durchsetzung des Prinzips der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierungen; und an ebendieser Einsicht orientierte sich 1918/19 die Politik der regierenden Sozialdemokraten.

Über ein halbes Jahrhundert nach Bernstein (und ohne auf diesen Bezug zu nehmen) hat der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal von dem für komplexe Industriegesellschaften, also auch für Deutschland um 1918/19 typischen „Anti-Chaos-Reflex“ gesprochen. In der Tat haben, wie Löwenthal hervorhebt, alle „klassischen“ Revolutionen des Westens, die niederländische des späten 16. Jahrhunderts, die englische des 17. Jahrhunderts, die amerikanische von 1776 und die französische von 1789, vor dem Durchbruch der industriellen Produktionsweise, also in überwiegend agrarischen Gesellschaften stattgefunden; und von den großen Revolutionen des Ostens, der russischen von 1917 und der chinesischen von 1949, gilt dasselbe. In Agrargesellschaften kann sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern eine Zeitlang selbst versorgen. Eine radikale Auswechslung des Staatsapparates ist in solchen Gesellschaften möglich, ohne dass ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausbricht. In arbeitsteiligen Industriegesellschaften ist die Mehrheit dagegen von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen so existenziell abhängig, dass ein Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes das Leben der Gesellschaft lähmen muss. Wie Bernstein kommt Löwenthal zu dem Schluss, dass sich aus ebendieser Grunddifferenz das Ausbleiben einer (klassischen) Revolution in Industriegesellschaften erklärt.²⁵

Wenn die russische „Oktoberrevolution“ auch nicht die von ihren Urhebern erhofften Folge- revolutionen im Westen auslöste, so hatte sie für diesen doch weitreichende Folgen. Die erste war die tiefe Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung in „Reformisten“ und Kommunisten, wobei den letzteren durch die von Lenin inspirierten „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale vom August 1920 die Übernahme der Parteistruktur der Bolschewiki, einschließlich ihrer ganz vom Polizeistaat des Zarenreichs

²⁵ Richard Löwenthal, Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5, Göttingen 1979, S. 9-25, hier S. 11. Zuvor schon: Richard Löwenthal, Einleitung zu George Eliasberg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn 1974, S. IX-XXI, hier S. XIV; ders., Die Sozialdemokratie in Weimar und heute, in: ders., Sozialismus und aktive Demokratie. Essays zu ihren Voraussetzungen in Deutschland, Frankfurt a.M. 1974, S. 97-116; ders., Vom Ausbleiben der Revolution in den Industriegesellschaften, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 1-24.

geprägten illegalen Apparate, und damit die Unterwerfung unter den Willen der Moskauer Zentrale, das heißt unter sowjetische Interessen, zur Pflicht gemacht wurde.²⁶

Die zweite Folge war der ungewollte Beitrag der Bolschewiki zum Aufstieg der radikalsten Spielart des Antikommunismus in Form der faschistischen Bewegungen, die nicht weniger revolutionär auftraten und nicht weniger revolutionäre Ziele verfolgten als ihre ideologischen Antipoden. Nichts kam der revolutionären Rechten so sehr zugute wie die von den Kommunisten geradezu systematisch geschürte Angst vor dem Bürgerkrieg und der roten Revolution. Wie gefährlich diese Bewegung für die Linke aller Schattierungen war, zeigte sich zuerst dort, wo der Faschismus im Oktober 1922 erstmals an die Macht gelangte: in seinem Ursprungsland Italien.

Der Soziologe Rainer Lepsius hat Kommunismus und Faschismus „die beiden Bewegungen des 20. Jahrhunderts gegen die parlamentarische Demokratie, gegen das Projekt der Zivilgesellschaft“ genannt.²⁷ Die Revolution der Bolschewiki war eine Gegenrevolution gegen die beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, die amerikanische von 1776 und die französische von 1789, gegen das von ihnen entwickelte normative Projekt des Westens in Gestalt der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie. Sie war eine Gegenrevolution auf radikal andere Weise als die faschistischen Bewegungen und Regime, die Vertreter einer neuartigen rechten Spielart von Revolution. Diese knüpften an das Erbe der Gegenrevolution des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts und damit der Gegenaufklärung an und verneinten die Ideen von 1789 in Gänze.

Die Kommunisten hingegen verabsolutierten den Gleichheitsgedanken der Linken der Französischen Revolution, was sie mit einem Teilstrang der europäischen Aufklärung verband. Der Freiheitsgedanke aber passte ebenso wenig zur Theorie und Praxis der Bolschewiki wie alles, was die Grundrechte des Individuums institutionell verbürgen sollte. So gesehen, waren der Faschismus und seine extremste Ausprägung, der deutsche Nationalsozialismus, auf radikalere Weise antiwestlich als der Kommunismus: ein wesentlicher, ja der entscheidende Grund, weshalb die faschistischen Varianten von totalitärer Herrschaft kurzlebiger und sehr viel weniger bündnisfähig waren als die, verglichen damit, rationaleren kommunistischen Varianten.

III. Mitte der 1960er-Jahre waren Anzeichen einer Versachlichung und Verstetigung der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion nicht mehr zu verkennen. Seit Stalins Tod im Jahr 1953 gehörte der Massenterror endgültig der Vergangenheit an. Der Sturz seines

²⁶ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2015², S. 236ff.; ders., *Demokratie oder Bürgerkrieg. Die russische Oktoberrevolution als Problem der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1999), S. 1-23, online unter http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_1_1_winkler.pdf.

²⁷ M. Rainer Lepsius, *Das Legat zweier Diktaturen für die demokratische Kultur im vereinigten Deutschland*, in: Everhard Holtmann/Heinz Sahner (Hrsg.), *Aufhebung der Bipolarität – Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen*, Opladen 1995, S. 25-39, hier S. 30.

impulsiven Nachfolgers Nikita Sergejewitsch Chruschtschow und der Übergang zur „kollektiven Führung“ unter Leonid Breschnew Ende 1964 markieren eine Art von Rationalisierungsschub. Chruschtschow habe die Rolle eines dynamischen Führers in einer Phase spielen wollen, in der die totalitäre Dynamik des kommunistischen Regimes sich totlief, urteilte Richard Löwenthal Anfang 1965. „Als Chruschtschow an die Macht kam, war er entschlossen gewesen, sowohl die Institutionen des Regimes wiederherzustellen wie dessen dynamischen Glauben zu beleben; am Ende war es die wachsende Starrheit der wiederhergestellten Institutionen, die über seinen dynamischen Glauben siegte [...]. Die formale Kontinuität des Parteiregimes blieb ungebrochen, doch die Erosion der ideologischen Dynamik ist weit fortgeschritten. Die neuen Männer sind objektiv und subjektiv nicht in der Lage, die Revolution fortzusetzen; sie müssen zufrieden sein, ihre Ergebnisse zu verwalten.“²⁸

Zwei Jahrzehnte später gab es nichts mehr daran zu deuteln, dass die Sowjetunion ein Land im Niedergang war und den „Wettlauf der Systeme“ nicht nur ökonomisch und militärisch, sondern auch ideologisch verloren hatte. Michail Gorbatschow, der letzte Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, hatte, als er im März 1985 sein Amt antrat, kein fertiges Konzept für das, was es in den nächsten Jahren zu tun galt. Erst allmählich schälten sich wirtschaftliche Umgestaltung (*perestrojka*) und politische Transparenz (*glasnost*) als Ziele des Transformationsprozesses heraus.

Am 27. Januar 1987 bekannte sich Gorbatschow auf einem Plenum des Zentralkomitees seiner Partei zu der Einsicht: „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.“²⁹ Wohl ohne es zu wissen, zitierte er damit eine Äußerung von Friedrich Engels aus dem Jahr 1865. Ohne Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht sei keine Arbeiterbewegung möglich, hatte der Mitstreiter von Karl Marx damals, zur Zeit des preußischen Verfassungskonflikts, geschrieben. „Ohne diese Freiheit kann sie selbst [die Arbeiterpartei; H.A.W.] sich nicht frei bewegen, sie kämpft diesen Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat.“³⁰

Doch was Gorbatschow anstrebte, lief auf die Quadratur des Kreises hinaus. Er wollte eine Demokratie, ohne den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei, die sich in der sowjetischen Verfassung von 1977 als „Avantgarde des ganzen Volkes“ bezeichnete, preiszugeben, also mit dem Leninismus radikal zu brechen. Er hatte begriffen, dass die Erneuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat mit Zwang nicht zu bewerkstelligen, vielmehr auf die freiwillige Mitwirkung der Sowjetbürger angewiesen war. Was er nicht durchschaute, war, dass Demokratie und Machtmonopol *einer* Partei völlig unvereinbar waren. Seine „Fehler“ waren indes nicht bloß Zufälle. Sein tiefstes Dilemma bestand darin, dass er, um den britischen Historiker Archie Brown zu zitieren, „Papst und Luther in einem“

²⁸ Richard Löwenthal, Vom Absterben der Russischen Revolution. Zu Chruschtschows Sturz durch die Parteioligarchie (1965): in: ders., Weltpolitische Betrachtungen. Essays aus zwei Jahrzehnten, Göttingen 1972, S. 95-109, hier S. 107ff.

²⁹ Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1987ff., Bd. 4: Juli 1986 - April 1987, S. 394-402, hier S. 397.

³⁰ Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterbewegung, in: MEW, Bd. 16, S. 37-78, hier S. 77, online unter http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_037.htm.

war.³¹ Ihm ging es um die radikale Veränderung einer Institution, an deren Spitze er selbst stand, und er konnte diese Institution, die Kommunistische Partei der Sowjetunion, letztlich nicht anders verändern als durch den Bruch mit ihr.

Die „friedlichen Revolutionen“ von 1989 in Ostmitteleuropa, die europäischste Revolution seit 1848, wurden durch *glasnost* und *perestrojka* in hohem Maß gefördert. Dass sie alles in allem friedlich blieben, war den tiefgreifenden Veränderungen zu verdanken, die Gorbatschow seit 1985 durchgesetzt hatte. Die Umwälzungen von 1989 gingen, was sie den mitteleuropäischen Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs vergleichbar macht, mit Systemzusammenbrüchen einher, aber in diesen nicht auf. Der Anteil, den die Massen am Regimewandel hatten, war von Land zu Land verschieden: Er war am größten in Polen, wo die „Vorrevolution“ mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ im Sommer 1980 begonnen hatte, und am schwächsten in Ungarn, wo der Umbruch die Form einer „Revolution von oben“, ausgelöst durch eine Reformgruppe in der Parteiführung, annahm. In Ost-Berlin und Prag wären die orthodoxen Parteiführungen zu massivem Widerstand nur fähig gewesen, wenn sie der sowjetischen Rückendeckung hätten sicher sein können, und eben daran fehlte es. Der Sonderfall war der blutige Umsturz in Rumänien: Hier putschte ein Teil der kommunistischen Partei, der den Massenprotest in seine Bahnen zu lenken verstand.

Die friedlichen Revolutionen von 1989 summierten sich, um einen Begriff von Jürgen Habermas zu verwenden, zu einer „nachholenden Revolution“.³² Sie führten zur Revision der Teilung Europas, wie sie das Abkommen von Jalta im Februar 1945 verfügt hatte, und erlaubten *dem* Teil des alten Okzidents, der damals unter sowjetische Vorherrschaft geriet, jene „vorbehaltlose Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens“, die Habermas 1986 als größte intellektuelle Errungenschaft der westdeutschen Nachkriegszeit diagnostiziert hat.³³ Zweihundert Jahre nach den atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts kamen damit die Kämpfe um die Aneignung oder Verwerfung des damals proklamierten normativen Projekts, die einen großen Teil der Geschichte des Westens im 19. und 20. Jahrhundert ausgemacht hatten, innerhalb des alten Okzidents zu einem, wenn auch nur vorläufigen Abschluss.

Eine ganz andere Bedeutung hatte die Epochenwende von 1989/91 für die Sowjetunion. Der Staat, an dessen Spitze Gorbatschow stand, war um 1990 in viel höherem Maß, als das von der Republik von Weimar in Deutschland galt, eine „Demokratie ohne Demokraten“. Auf der Sowjetunion der Ära Gorbatschow lastete nicht nur das Erbe von einem Dreivierteljahrhundert kommunistischer Diktatur, sondern auch das von Jahrhunderten des autokratischen Zarentums. Die Bolschewiki hätten ihre Herrschaft gar nicht errichten können, wären die freiheitlichen, rechtsstaatlichen, demokratischen und zivilgesellschaftlichen Traditionen in

³¹ Archie Brown, *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007, S. 18.

³² Jürgen Habermas, *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf*, in: ders., *Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt a.M. 1990, S. 179-204.

³³ Ders., *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, in: „Historikerstreit“. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987, S. 62-76, hier S. 75, online unter <http://www.zeit.de/1986/29/eine-art-schadensabwicklung>.

Russland nicht so schwach gewesen. Anders als im europäischen Okzident des Mittelalters hatte es in Russland keine Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt gegeben. Vielmehr blieb die geistliche Gewalt der weltlichen stets untergeordnet, weshalb die orthodoxe Kirche nie zu einem Korrektiv der jeweiligen Staatsmacht wurde. Russland kannte auch keine Ausdifferenzierung von fürstlicher und ständischer Gewalt und kein selbstbewusstes städtisches Bürgertum im westlichen Sinn. Von der europäischen Aufklärung wurde nur eine dünne adlig-bürgerliche Bildungsschicht erfasst. Von dem, was sich an freiheitlichen Elementen bis zum Ersten Weltkrieg entwickelt hatte, überlebte nur wenig die revolutionären Kahlschläge, die erst der Oktoberrevolution, dann, noch ungleich radikaler, der Machtkonzentration unter Stalin folgten.³⁴

Wenn es je einen falschen historischen Analogieschluss mit weltgeschichtlichen Folgen gegeben hat, waren es die verallgemeinernden Folgerungen, die Marx und Engels aus der Französischen oder, allgemeiner gesprochen, aus der bürgerlichen Revolution gezogen haben. Diese Revolution hat sich, entgegen den Erwartungen der Gründerväter des „Wissenschaftlichen Sozialismus“, nicht auf höherer Ebene wiederholt und vollendet. Die Ideen von 1789 sind durch die *terreur* von 1793 nicht widerlegt worden, sie haben diese überlebt. Von den Ideen des Oktober 1917, die von Anfang an von der *terreur* nicht zu trennen waren, ist nichts geblieben, was noch heute Bestand hätte.

In letzter Instanz ist die Revolution der Bolschewiki daran gescheitert, dass die Produktivkraft der Freiheit in ihrem Denken keinen Raum hatte. Der „liberale Zyklus“, der mit den friedlichen Revolutionen von 1989 begann, hat wohl, wie Jacques Rupnik meint, sein Ende erreicht und einem „illiberalen Zyklus“ Platz gemacht.³⁵ Für einen Abgesang auf die Ideen von 1776 und 1789 aber ist es zu früh. An ihnen müssen sich weiterhin alle Staaten messen, die den Anspruch erheben, westliche Demokratien zu sein.

³⁴ Hierzu Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 3: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2015², S. 115ff.

³⁵ Jacques Rupnik, *Illiberale Demokratie*, in: *Lettre International* 114, Herbst 2016, S. 11-15.